



RASSISTISCHE GEWALT IN DEUTSCHLAND STOPPEN

AMNESTY INTERNATIONAL



GEMEINSAM GEGEN RASSISTISCHE GEWALT

In Deutschland erleben Menschen täglich rassistische Gewalt. Deshalb hat Amnesty International im Juni 2016 eine Kampagne gestartet und fordert, Betroffene besser zu schützen und Täterinnen und Täter konsequent zu verfolgen.

Brandanschläge, tätliche Angriffe, Einschüchterungen: Deutschland erlebt derzeit eine drastische Zunahme rassistischer Gewalt. Fast täglich werden Menschen angegriffen, weil sie aus Sicht der Täterinnen und Täter nicht in das Bild eines „weißen Deutschlands“ passen – sei es wegen ihrer äußeren Erscheinung, ihrer angenommenen Religion oder anderer Zuschreibungen. 2015 gab es laut offiziellen Angaben 13.846 „rechts motivierte“ Straftaten. Die Behörden registrierten 1.031 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte – und damit fünfmal so viele wie 2014. Zivilgesellschaftliche Organisationen gehen sogar von noch wesentlich höheren Zahlen aus. **Rassistische Gewalt ist kein neues Phänomen, inzwischen ist sie jedoch erschreckend alltäglich.**



Ein Unbekannter verübte im Januar 2014 einen Brandanschlag auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft im bayerischen Germering.



Ein Demonstrant trägt bei einer Protestaktion in Berlin ein T-Shirt mit dem Porträt des ermordeten NSU-Opfers Habil Kılıç (November 2013).

ERMITTLUNGSVERSAGEN ÜBERPRÜFEN

Welche extremen Ausmaße rassistische Gewalt annehmen kann, haben die Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) erneut deutlich gemacht. Erst mit der Selbstenttarnung des „NSU“ wurde die Mordserie als solche öffentlich. Damit offenbarte sich staatliches Versagen: Jahrelang schlossen Ermittlungsbehörden rassistische Motive aus und behandelten Angehörige der Opfer wie Tatverdächtige – teils mit unverblümt rassistischen Anschuldigungen.

Amnesty sieht darin deutliche Anzeichen für institutionellen Rassismus – darunter versteht man sowohl bewusst rassistisches Handeln von Behörden als auch unbewusste Denkmuster oder Verfahrensabläufe, die sich im Ergebnis diskriminierend auswirken. **Es muss deshalb unabhängig untersucht werden, ob und wie institutioneller Rassismus in Fällen rassistischer Gewalt die Ermittlungen in Deutschland beeinflusst.**

Als Reaktion auf das Ermittlungsversagen im Fall des „NSU“ beschlossen der Bund und die Länder, die Behörden zu reformieren, um rassistische Straftaten künftig effektiver zu verfolgen. Davon ist bisher jedoch kaum etwas zu spüren. Die Strafverfolgungsbehörden sind weiterhin häufig nicht in der Lage, rassistische Straftaten als solche zu erkennen, zu verfolgen und zu verhindern.

RASSISMUS ERKENNEN

Rassistische Taten werden häufig als bloße Gewaltdelikte erfasst. Ein Grund dafür ist, dass die Einschätzung der Betroffenen nicht festgehalten wird und die Behörden nicht ausreichend für Rassismus sensibilisiert sind. Dies führt dazu, dass im Falle einer Verurteilung rassistische Motive nur eine geringe oder keine Rolle spielen, anstatt strafverschärfend zu wirken. Aus menschenrechtlicher Perspektive wiegen rassistische Angriffe besonders schwer: Denn sie verletzen die menschliche Würde und zielen nicht „nur“ auf einzelne, sondern immer auf eine Gruppe von Menschen. Deswegen müssen Staaten solche Taten mit besonderem Nachdruck verfolgen.

BETROFFENE ERNST NEHMEN

Trotzdem vernachlässigen oder ignorieren Polizei und Justiz in der Praxis mögliche rassistische Motive immer wieder. So wie im Fall von Madou C., der aus Mali geflüchtet ist: Er wurde im Dezember 2014 von drei Tätern in einem Regionalzug angegriffen und mit einem Notfallhammer auf den Kopf geschlagen. Bei der Verurteilung der Täter blieben rassistische Motive unberücksichtigt, obwohl dem Gericht SMS-Nachrichten eines Täters bekannt waren, in denen er Madou C. nach der Tat rassistisch beleidigt hatte. Madou C. sagte Amnesty: „Ich gehe nicht mehr raus, wenn es nicht unbedingt nötig ist. Ich benutze auch keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr, ich habe zu große Angst.“ **Amnesty fordert, die Behörden zu verpflichten, rassistische Motive zu prüfen, die Perspektive der Betroffenen ernst zu nehmen und zu erfassen.**



Tanzende Menschen bei einem Willkommensfest für Flüchtlinge im sächsischen Heidenau im August 2015. Wenige Tage zuvor hatte es in dem Ort massive rassistische Ausschreitungen gegeben.

Sehr geehrte Innenminister und Innensenatoren der Länder, sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,
Fast täglich werden Menschen angegriffen. Ein Grund dafür liegt im jahrzehntelangen Versagen von Politik und Behörden, rassistische Taten zu erkennen und effektiv zu verfolgen. Häufig werden sie als einfache Gewaltdelikte erfasst. Ein Grund dafür ist, dass die Einschätzung der Betroffenen nicht festgehalten wird.

DAHER FORDERN WIR VON IHNEN,

- ein bundesweites Rahmenkonzept zum Schutz von Flüchtlingsunterkünften vor rassistischen Angriffen zu vereinbaren,
- eine unabhängige Untersuchung einzuleiten, inwieweit institutioneller Rassismus in Polizei und Justiz die Ermittlungen zu rassistischen Straftaten behindert,
- die Behörden bei der Ermittlung von Straftaten dazu zu verpflichten, rassistische Motive zu prüfen und die Perspektive der Betroffenen zu erfassen.

NAME, VORNAME

X

ORT

UNTERSCHRIFT

Bitte bis 15. November 2016 verschicken.
Amnesty International wird alle Unterschriften an die Adressaten übergeben.

ANTWORT

Amnesty International
Sektion der Bundesrepublik
Deutschland e. V.

Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin

Bitte trennen,
falls Marke
zur Hand

MENSCHEN VOR RASSISTISCHER GEWALT IN DEUTSCHLAND SCHÜTZEN!

AMNESTY
INTERNATIONAL



AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Männer, Frauen und Kinder geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als sieben Millionen Mitgliedern und Unterstützerinnen und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. Amnesty erhielt 1977 den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung oder Religion verfolgt werden
- für die Rechte von Flüchtlingen
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täterinnen und Täter

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

www.amnesty.de/mitmachen

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben. **Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit.**



AMNESTY INTERNATIONAL

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. · Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de
SPENDENKONTO · DE 233 702050 0000 8090100 · Bank für Sozialwirtschaft · BFS WDE 33XXX

© Amnesty International, Juni 2016, V.i.S.d.P. Anton Landgraf, Art.Nr. 52116
Titelbild: Antirassistische Demonstration in Dresden im Februar 2015. © Fritz Engel/laiF

www.amnesty.de [www.twitter.com/amnesty_de](https://twitter.com/amnesty_de)
 www.facebook.com/amnestydeutschland



Amnesty-Mitglieder bei einer Aktion gegen Rassismus in Dresden im Mai 2015.

FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE BESSER SCHÜTZEN

Obwohl rassistische Übergriffe zunehmen und insbesondere Flüchtlingsunterkünfte immer öfter attackiert werden, gibt es keine bundesweit einheitlichen Standards zum Schutz dieser Einrichtungen. In vielen Fällen werden Polizeibehörden gar nicht oder zu spät über neue Flüchtlingsunterkünfte informiert. Für den Schutz sind häufig Privatunternehmen zuständig, deren Personal nicht vorab polizeilich überprüft wird.

SEI DABEI: RASSISMUS STOPPEN

Rassistische Diskriminierung und Gewalt verstößt gegen die Menschenrechte und muss gestoppt werden. Vorurteilen und rassistischen Stereotypen muss überall aktiv entgegengewirkt werden. Auch Behörden dürfen nicht genau die Menschen diskriminieren, für deren Schutz sie zuständig sind. Alle Menschen müssen sich in Deutschland sicher fühlen – egal woher sie kommen, welcher Religion sie angehören oder wie sie aussehen.

Helfen Sie uns dabei! Unterschreiben Sie die Aktionspostkarte oder beteiligen Sie sich an der Online-Petition auf:
www.amnesty.de/gegen-rassismus